

Novellierung der Regionalpolitischen Positionen 2026

Inhaltsverzeichnis

Standortentwicklung	1
Baden-Baden als internationale Tourismusdestination weiterentwickeln	1
Internationale Schienenanbindung Baden-Badens stärken	2
Innenstädte und Ortsmitteln als wirtschaftliche Zentren sichern	3
Neuordnung Innenstadt Karlsruhe	4
Touristisches Potential unserer Region festigen und ausbauen	5
World Games 2029 als Chance für Standort, Tourismus und regionale Wertschöpfung nutzen	
[NEU]	6
Messe-, Incentive-, Kongress- und Eventbranche stärken	7
Strategische Kommunikation und Kontaktpunkt der TechnologieRegion Karlsruhe für Investoren aufbauen	8
Region als Leuchtturm für Digitalisierung noch sichtbarer machen	10
Energie und Umwelt	11
Industrielle Transformation ermöglichen	11
Energiewende braucht Leitungsinfrastruktur	12
Energieangebot ausweiten	13
Schutz vor Extremwetterereignissen und Klimaanpassungsmaßnahmen voranbringen	14
Kommunale Klimaschutzkonzepte gemeinsam mit der Wirtschaft gestalten	15
Fachkräftesicherung	16
Duale Ausbildung als Schlüssel zur Fachkräftesicherung stärken [NEU]	16
Ausbildungsqualität durch starke Lernorte sichern [NEU]	17
Berufliche Bildung zukunftsfähig und innovationsorientiert gestalten [NEU]	18
Übergänge von der Schule in die Ausbildung erfolgreich gestalten [NEU]	19
Ausbildung in der Region ermöglichen [NEU]	20
Ausbildungsakteure von Bürokratie entlasten [NEU]	21
Fläche und Infrastruktur	22
Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sichern und Ansiedlungsgesuche in der Region halten	22
Industrie braucht Rohstoffe	23
Flächenverfügbarkeit sicherstellen und bedarfsorientiert weiterentwickeln	24
Verfügbarkeit von Industrieflächen sicherstellen	25
Möglichkeiten der Beschleunigung von Planverfahren nutzen	26
Breitband- und Mobilfunknetze ausbauen	27
Mobilität und Verkehr	28
Baden-Airpark stärken	28
Betriebliches Mobilitätsmanagement fördern und Angebot weiter ausbauen	29
Grenzüberschreitende Mobilität am Oberrhein stärken	30
Schiene weiter stärken	31
Zweite Rheinbrücke als wichtige Verbindung für den Wirtschaftsstandort umsetzen	32
Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur im Raum Rastatt sichern	33
Deutschland & Frankreich	34
Zusammenarbeit am Oberrhein stärken	34
Gestrichen	35
Moderne Ausstattung der beruflichen Schulen sicherstellen	35
Attraktive, arbeitsmarktrelevante Studiengänge mit hohem Praxisanteil bieten	36
"Meisterbonus" auch für die IHK-Weiterbildungsabschlüsse	37
Unternehmen bei der Akquise ausländischer Fachkräfte unterstützen und Berufsankennung voranbringen	38
Start-Ups und Spinoffs an Hochschulen und Forschungseinrichtungen fördern	39
Duale Berufsausbildung flächendeckend in der Region stärken	40
Stärkung der grenzüberschreitenden Bildungsk Kooperation	41

Standortentwicklung

Baden-Baden als internationale Tourismusdestination weiterentwickeln

Baden-Baden zählt zu den bedeutenden Tourismusstandorten in Baden-Württemberg und verfügt als Teil der UNESCO-Welterbestätte „Great Spa Towns of Europe“ über ein international beachtetes touristisches Profil. Zugleich kämpft auch Baden-Baden mit zunehmendem Leerstand in der Innenstadt, dem Rückgang internationaler Gästezahlen¹ und einer angespannten Haushaltslage.

Der Welterbetitel bietet weiterhin Potenziale, die Attraktivität des Standorts zu stärken und zusätzliche Wertschöpfung für Stadt und Region zu generieren. Die Attraktivität Baden-Badens beruht auf dem Zusammenspiel seiner historischen Bausubstanz, seiner kulturellen Einrichtungen, seiner Kur- und Bädertradition, seiner touristischen Infrastruktur sowie seiner Lage am Rande des Schwarzwaldes. Der Erhalt des kulturellen Erbes, eine hohe Aufenthaltsqualität, eine gute Erreichbarkeit und eine den touristischen Anforderungen gerecht werdende Stadtentwicklung bleiben zentrale Voraussetzungen für die weitere Entwicklung des Standorts.

Um die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Badens langfristig zu sichern, sollte die gesamte touristische Dienstleistungskette hohen Qualitätsstandards genügen. Dies betrifft insbesondere Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie Mobilitäts- und Serviceangebote. Gleichzeitig sind attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen und die Sicherung qualifizierter Fach- und Arbeitskräfte erforderlich.

Die mit dem UNESCO-Welterbetitel verbundenen Potenziale sollten weiterhin konsequent genutzt werden. Dazu gehört eine angemessene Vermittlung des Welterbes, eine zielgerichtete Vermarktung sowie eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Destinations- und Citymanagements.

Baden-Baden verfügt über ein eigenständiges touristisches Profil, das sich sinnvoll mit den Angeboten des Schwarzwalds ergänzt. Die Zusammenarbeit der touristischen Akteure in Stadt und Region sollte daher weiter gestärkt werden, um die touristische Entwicklung und Wertschöpfung in der Region zu fördern.

¹ Baden-Baden Tourismus GmbH, Baden-Baden verzeichnet steigende Übernachtungszahlen, 08.04.2026, Online: [Baden-Baden verzeichnet steigende Übernachtungszahlen - Pressemeldungen - Presse & Medien - Business | baden-baden.com](#) (Abgerufen: 24.09.2026).

Internationale Schienenanbindung Baden-Badens stärken

Baden-Baden ist als UNESCO-Welterbestadt, international renommierter Tourismusstandort sowie bedeutender Kongress- und Tagungsort ein wichtiger Standortfaktor für die gesamte Wirtschaftsregion Mittlerer Oberrhein. Eine gut ausgebaute internationale Erreichbarkeit der Stadt ist unabdingbar für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Zwar profitiert Baden-Baden von seiner Position an der Magistrale Frankfurt-Basel mit regelmäßigen Fernverkehrshalten. Eine Anbindung ohne Umsteigen an europäische Metropolen würde den Standort dabei weiter stärken.

Die Stadt Baden-Baden sollte deshalb noch stärker an den internationalen Schienenfernverkehr angebunden werden. Insbesondere grenzüberschreitenden Verbindungen im deutsch-französischen Raum, gerade in die Hauptstadt Paris, sollte eine größere Bedeutung beigemessen werden.

Eine gute internationale Schienenanbindung stärkt nicht nur die touristische Entwicklung der Stadt und der Region. Sie erhöht auch die Attraktivität Baden-Badens als Kongress-, Tagungs- und Veranstaltungsstandort und trägt dazu bei, die regionale Wirtschaft noch stärker mit europäischen Märkten und Netzwerken zu verbinden und die Attraktivität für Fachkräfte zu erhöhen. Für Unternehmen, Veranstalter und Gäste wird die komfortable und nachhaltige Erreichbarkeit zunehmend zu einem Standort- und Wettbewerbsfaktor.

Zur Stärkung der internationalen Anbindung gehört zugleich eine leistungsfähige Verknüpfung des Bahnhofs Baden-Baden mit der Innenstadt, den touristischen Einrichtungen, den Veranstaltungs- und Kongressstätten sowie dem Umland. Die IHK Karlsruhe unterstützt deshalb eine integrierte Mobilitätsentwicklung, die Fernverkehr, öffentlichen Nahverkehr und weitere Mobilitätsangebote sinnvoll miteinander verbindet.

Die IHK Karlsruhe sieht in einer leistungsfähigen internationalen Schienenanbindung einen wesentlichen Baustein für die weitere Entwicklung Baden-Badens als Tourismus-, Kongress- und Dienstleistungsstandort sowie für die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Region Mittlerer Oberrhein.

Innenstädte und Ortsmitten als wirtschaftliche Zentren sichern

[Anm. Zusammenlegen der RePos „City Management als zentrales Element für Tourismus und Einzelhandel etablieren“ und „Erreichbarkeit der Innenstädte sicherstellen“]

Innenstädte und Ortsmitten sind zentrale Wirtschafts-, Versorgungs- und Begegnungsräume. Sie prägen die Attraktivität und Lebensqualität von Städten und Gemeinden und sind von hoher Bedeutung für eine Vielzahl von Branchen. Gleichzeitig verändern Digitalisierung, ein sich wandelndes Konsumverhalten und Homeoffice die Anforderungen an die Zentren. Der Strukturwandel betrifft den gesamten innerstädtischen Branchenmix und erfordert eine integrierte wirtschaftspolitische Strategie. Hinzu kommen Herausforderungen bei Sicherheit und Sauberkeit.

Innenstadtentwicklung sollte als zentrale Aufgabe der kommunalen Standortentwicklung verstanden werden. Hierfür braucht es ein professionelles City- und Ortsmittenmanagement mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen, klaren Zuständigkeiten und messbaren Zielen. Dabei sollte die lokale Wirtschaft frühzeitig und verbindlich in die Entwicklung gemeinsamer Zielbilder und Maßnahmen eingebunden werden. Ein aktives Leerstands- und Nutzungsmanagement, strategisches Stadtmarketing sowie die datenbasierte Steuerung der Zentren sind ebenso wichtig wie attraktive öffentliche Räume, Sicherheit, Sauberkeit und Erlebniswerte.

Die Erreichbarkeit von Innenstädten und Ortsmitten für Individualverkehr, ÖPNV sowie Wirtschafts- und Lieferverkehr ist für ihre Funktionsfähigkeit entscheidend. Erforderlich ist ein wirtschaftsfreundlicher Mobilitätsmix mit bedarfsgerechten Parkmöglichkeiten, leistungsfähigen Lieferzonen, Barrierefreiheit, sicheren Radabstellanlagen und digitalen Parkleitsystemen. Auch ein vorausschauendes Baustellenmanagement ist notwendig, um Beeinträchtigungen für ansässige Unternehmen und Besucherinnen und Besucher möglichst gering zu halten.

Kommunen sollten zudem innovative Nutzungsformen wie Pop-up-Konzepte, Märkte, Außengastronomie, temporäre Nutzungen und Reallabore durch schlanke Genehmigungsverfahren, verlässliche Ansprechpartner und angemessene Sondernutzungsgebühren erleichtern, um die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Innenstädte und Ortsmitten nachhaltig zu stärken.

Neuordnung Innenstadt Karlsruhe

Die Innenstadt Karlsruhes befindet sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Gleichzeitig eröffnet die Neugestaltung der Kaiserstraße die Chance, die Innenstadt als attraktiven Wirtschafts-, Einkaufs-, Erlebnis- und Begegnungsraum neu zu positionieren. Die Weiterentwicklung der östlichen Kaiserstraße, die städtebauliche Aufwertung des Europaplatzes sowie die stärkere Verknüpfung von Handel, Gastronomie, Kultur, Wissenschaft und Tourismus bieten hierfür wichtige Entwicklungspotenziale.

Die Transformation der Innenstadt sollte als gemeinsame Aufgabe von Stadtverwaltung, Wirtschaft, Immobilieneigentümern und weiteren Innenstadtakteuren verstanden werden. Erforderlich sind ein gemeinsam mit allen Akteuren entwickeltes verbindliches Zielbild, ein konkreter Maßnahmenplan und eine konsequente Umsetzung. Die lokale Wirtschaft sollte frühzeitig und dauerhaft in alle wesentlichen Entwicklungsprozesse eingebunden werden.

Die Neugestaltung der Kaiserstraße sollte genutzt werden, um neue Impulse für Handel, Gastronomie, Kultur, Tourismus und Freizeitangebote zu setzen und die Aufenthaltsqualität der Innenstadt nachhaltig zu erhöhen. Innovative Konzepte und kreative Ideen der innerstädtischen Akteure sollten dabei unterstützt und zeitnah umgesetzt werden. Ziel muss es sein, die Karlsruher Innenstadt als lebendiges Oberzentrum und attraktiven Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln.

Touristisches Potential unserer Region festigen und ausbauen

Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschafts- und Standortfaktor für die Region. Er ist eine tragende Säule des Wirtschaftsstandorts und leistet einen wichtigen Beitrag zu Wertschöpfung, Beschäftigung und Lebensqualität. Insbesondere der Geschäfts-, Kongress- und Wissenschaftstourismus in Karlsruhe, der Gesundheitstourismus in den prädikatisierten Kurorten sowie der Tages- und Freizeittourismus in den touristischen Teilräumen der Region sind wichtige Einnahmequellen für zahlreiche Unternehmen. Hinzu kommt die internationale Strahlkraft Baden-Badens als UNESCO-Welterbe der "Great Spa Towns of Europe". Tourismus ist dabei weit mehr als ein Imagefaktor, sondern ein bedeutender Wirtschaftszweig und Standortfaktor – seine Entwicklung muss in den Kommunen strategisch begleitet und unterstützt werden.

Zugleich steht die Tourismuswirtschaft vor vielfältigen Herausforderungen. Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Nachhaltigkeit, veränderte Gästebedürfnisse und der Fachkräftemangel erfordern eine kontinuierliche Weiterentwicklung touristischer Angebote und Strukturen. Entscheidend sind dabei eine konsequente Orientierung an den Bedürfnissen der Gäste, hohe Qualitätsstandards sowie eine enge Zusammenarbeit der touristischen Akteure. Qualität, Nachhaltigkeit und Innovation bleiben zentrale Erfolgsfaktoren für die Wettbewerbsfähigkeit der Region.

Im Mittelpunkt sollte der Gast stehen, der nicht in kommunalen Grenzen und organisatorischen Zuständigkeiten denkt. Deshalb gilt es, touristische Angebote, Dienstleistungsketten und Marketingaktivitäten stärker zu vernetzen und regional zu koordinieren. Die gemeinsame Vermarktung regionaler Stärken, eine leistungsfähige, digitale und touristische Infrastruktur sowie die konsequente Nutzung digitaler und datenbasierter Anwendungen verbessern Sichtbarkeit, Buchbarkeit und Gästekommunikation und schaffen die Grundlage für innovative touristische Angebote.

Die Zukunftsfähigkeit des Tourismusstandortes hängt entscheidend von einer engen Zusammenarbeit von Kommunen, Tourismusorganisationen und Unternehmen ab. Tourismus sollte daher als integraler Bestandteil der Wirtschafts- und Standortentwicklung verstanden werden. Nur so lassen sich die Wettbewerbsfähigkeit der Region stärken und ihre Wertschöpfungs- und Wachstumspotenziale nachhaltig erschließen.

World Games 2029 als Chance für Standort, Tourismus und regionale Wertschöpfung nutzen [NEU]

Die World Games 2029 bieten die Chance, die Stadt Karlsruhe international als attraktiven Wirtschafts-, Tourismus- und Innovationsstandort zu profilieren. Das Sportgroßereignis kann zusätzliche Wertschöpfung in Hotellerie, Gastronomie, Handel und Dienstleistungswirtschaft generieren sowie die überregionale und internationale Wahrnehmung der Region nachhaltig stärken. Voraussetzung hierfür ist, die wirtschaftlichen Potenziale frühzeitig und systematisch zu erschließen.

Die regionale Wirtschaft sollte von Beginn an eng in die Planungen eingebunden werden, damit Unternehmen vor Ort von den Investitionen und Besucherströmen profitieren können. Gleichzeitig müssen die Erreichbarkeit von Unternehmen, eine hohe Akzeptanz in Bevölkerung und Wirtschaft sowie eine nachhaltige Nutzung der geschaffenen Infrastruktur sichergestellt werden.

Die World Games sollten als Impuls für die langfristige Standortentwicklung genutzt werden. Dabei müssen Kosten und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Ziel sollte es sein, die internationale Sichtbarkeit der Region dauerhaft zu erhöhen und nachhaltige Effekte für Tourismus, Wirtschaft und Investitionen zu erzielen.

Messe-, Incentive-, Kongress- und Eventbranche stärken

Die Region verfügt über eine Vielzahl leistungsfähiger Veranstaltungsorte und hat mit der Messe Karlsruhe und dem Kongressstandort Baden-Baden zwei überregional bedeutende Ankerpunkte. Messen, Kongresse und Tagungen sind als Plattformen für Wissenstransfer, Innovation, Geschäftsanbahnung und internationalen Austausch insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen von großer Bedeutung. Darüber hinaus bilden sie die Grundlage für umfangreiche Wertschöpfungsketten, die von Veranstaltern und Messebauunternehmen über Hotellerie, Gastronomie und Mobilitätsanbieter bis hin zur Kultur- und Kreativwirtschaft reichen.

Die Veranstaltungswirtschaft hat sich nach den Einschnitten der Corona-Pandemie konsolidiert. Gleichzeitig befinden sich Messen, Kongresse und Events in einem tiefgreifenden Wandel. Digitalisierung, hybride Veranstaltungsformate, der Einsatz von Künstlicher Intelligenz, steigende Nachhaltigkeitsanforderungen sowie der wachsende internationale Wettbewerb verändern die Rahmenbedingungen dauerhaft.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Region langfristig zu sichern, bedarf es weiterer Investitionen in eine moderne, nachhaltige und digital leistungsfähige Veranstaltungsinfrastruktur. Ebenso wichtig sind attraktive Rahmenbedingungen für Veranstalter und Dienstleister, eine gute Erreichbarkeit der Standorte sowie ausreichende Kapazitäten in Hotellerie und Gastronomie.

Eine abgestimmte regionale Vermarktung der vorhandenen Angebote und Kompetenzen, die Bündelung von Ressourcen sowie die stärkere Positionierung der Region als Standort für Business Events sind entscheidend, um zusätzliche Veranstaltungen, Fachbesucher und Investitionen in die Region zu holen.

Darüber hinaus sollten Innovationen in der Veranstaltungswirtschaft aktiv unterstützt werden. Die Vernetzung von Unternehmen, Start-ups, Wissenschaftseinrichtungen sowie Akteuren der Kultur- und Kreativwirtschaft kann dazu beitragen, neue Veranstaltungsformate zu entwickeln und die Region als zukunftsorientierten MICE-Standort weiter zu profilieren. Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Fachkräftesicherung müssen dabei als zentrale Zukunftsthemen berücksichtigt werden.

Strategische Kommunikation und Kontaktpunkt der TechnologieRegion Karlsruhe für Investoren aufbauen

Als zukunftsorientierter Innovationshub vernetzt die TechnologieRegion Karlsruhe GmbH Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen, um wegweisende Lösungen zu entwickeln, die regionale Wirtschaft nachhaltig zu stärken und die Region als führende Innovationsregion in Deutschland und Europa zu positionieren.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Transformationsherausforderungen und steigendem Wettbewerbsdruck geht es bei Investitionsentscheidungen immer mehr um Nuancen. Schnelle Informationsbereitstellung, kurze Entscheidungswege sowie eine zentrale Anlaufstelle für Investoren sind zwingende Voraussetzung, um im Wettbewerb um Investitionen bestehen zu können. Eine stärkere Zusammenarbeit der Akteure und eine weitere Professionalisierung der Strukturen und Prozesse in der TechnologieRegion Karlsruhe wären ein wichtiger Baustein, um Investoren für den Standort zu gewinnen.

Regionales Innovationssystem stärken

Ein gut funktionierendes Innovationssystem ist eine wichtige Säule für eine resiliente Wirtschaft in der Region Karlsruhe.

Die Ausrichtung der TechnologieRegion Karlsruhe an Fokusfeldern wie Mobilität, Digitalisierung, Energie und Bioökonomie sowie das Ziel, technologische Entwicklungen und Innovationen sowie Wissenschaft und Wirtschaft noch enger zu verzahnen, sollte beibehalten werden.

Die Region verfügt über zahlreiche Innovations-Intermediäre, die eine Vielzahl an Unterstützungsleistungen für die Wirtschaft anbieten. Ziel sollte es sein, deren Sichtbarkeit in der Wirtschaft weiter zu steigern. Um Doppelaktivitäten zu vermeiden, ist ein enger und dauerhafter Austausch zwischen den Akteursgruppen nötig. Dafür bietet die IHK für alle Partner der Region eine etablierte monatliche Austauschrunde zum Technologietransfer.

Neue Technologien und anwendungsnahe Ideen der Forschung müssen schnell in die Wirtschaft transferiert werden. Die Innovationsallianz für die TechnologieRegion Karlsruhe als schneller Zugangsweg zur regionalen Forschungslandschaft für die Wirtschaft sollte von allen Beteiligten weiter unterstützt und strukturell gestärkt werden.

Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ist ein nationaler „Forschungs-Leuchtturm“. Ziel muss es sein, weltweit weiter zu den Top-Universitäten und Forschungseinrichtungen aufzuschließen. Die Akteure der TechnologieRegion Karlsruhe sollten das KIT im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten sowohl innerhalb der Region als auch über diese hinaus unterstützen, auch mit Blick auf den dauerhaften Erhalt des Exzellenz-Status.

Der Digital Hub Hubwerk 01 Bruchsal und RegioMore sind als Knotenpunkte gute Beispiele, wie auch außerhalb des Oberzentrums Karlsruhe Ökosysteme für Innovation und Digitalisierung etabliert werden können. Das sollte von allen relevanten Akteuren in der TRK weiter nach Kräften unterstützt werden. Perspektivisch sollte ein Zusammenwachsen dieser Innovationszentren in der Fläche angestrebt werden.

Region als Leuchtturm für Digitalisierung noch sichtbarer machen

Herausragende Digitalisierungs-Kompetenzen, insbesondere in den Feldern Künstliche Intelligenz, Industrie 4.0 und IT-Sicherheit, machen die Region Karlsruhe zu einem **führenden Standort** für digitale Zukunftstechnologien und die Transformation der Wirtschaft. **Ziel für die Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in der Region muss es sein, die bestehenden Strukturen strategisch zu sichern und weiterzuentwickeln.**

Die Region verfügt über zahlreiche etablierte und spezialisierte Netzwerke, die den Wissenstransfer zwischen Forschungseinrichtungen, IT-Anbietern und -Anwendern fördern. Ihre bereits enge Zusammenarbeit sollte weiter gestärkt und gefördert werden. **Hierzu gehört auch die dauerhaft enge Einbindung des Standorts in ein landesweites KI-Valley mit allen wesentlichen KI-Akteuren und -Initiativen im Land.**

Gleichzeitig gilt es, gemeinsam eine Haltung zu entwickeln, die neben der Forschung die Umsetzung von Ideen in marktgängige Geschäftsmodelle und Produkte noch stärker in den Blick nimmt. Dazu kann auch die öffentliche Verwaltung einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie beispielsweise Unternehmen und Startups vorhandene Daten für die Entwicklung neuer digitaler Geschäftsmodelle zur Verfügung stellt, etwa pilothaft zu Testzwecken. Das kann auch den Abbau von Bürokratie in der Verwaltung unterstützen.

Energie und Umwelt

Industrielle Transformation ermöglichen

Eine erfolgreiche Transformation des hiesigen Industriestandortes erfordert Innovationen und gute Standortbedingungen. Der beschleunigte Ausbau von Energieinfrastruktur insbesondere in der Region ist zentrale Voraussetzung. Der Markthochlauf elektrifizierter und digitalisierter Technologien, aber auch Netze, Elektrolyseure und Produktionskapazitäten für erneuerbare Energien brauchen einen langfristigen und verlässlichen Rahmen für Investitionen und strategische Entscheidungen. Dabei müssen Netzstabilität, Versorgungssicherheit, Speichertechnologien und flexible Lasten stärker integriert werden. Reallabore, Demonstrationsanlagen und industrielle Skalierungsprojekte sollten gezielt unterstützt und in der Umsetzung regulatorisch erleichtert werden.

Der Anschluss der Region an das Wasserstoff-Kernnetz und die Unterstützung des Hochlaufs der Technologie durch geeignete Projekte sichern die industrielle Transformation und erschließen neue Wertschöpfungs- und Innovationspotenziale in der Region.

Außerdem sind neue Lösungen für die Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO₂ (CCS/CCU) erforderlich und sollten auch in der Region ermöglicht werden. Gerade für emissionsintensive Grundstoffindustrien können CCS/CCU-Technologien perspektivisch ein wichtiger Baustein zur Standortsicherung sein.

Energiewende braucht Leitungsinfrastruktur

Eine sichere, bezahlbare und resiliente Energieversorgung ist Grundvoraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und industrielle Transformation. Neben dem bedarfsgerechten Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze beim Strom sind Digitalisierung, Speicher, flexible Lasten und schnell verfügbare Netzanschlüsse entscheidend. Gasinfrastrukturen müssen schrittweise wasserstofffähig weiterentwickelt werden, um Versorgungssicherheit und Transformation gleichermaßen zu ermöglichen.

Politik, Verwaltung und Vorhabenträger müssen frühzeitig, transparent und dialogorientiert kommunizieren, um Akzeptanz für Energieinfrastrukturen zu stärken und Planbarkeit zu ermöglichen. Dies betrifft gleichermaßen Leitungen für Strom, Gas, Wärme, CO₂ und Wasserstoff als auch Anlagen zu deren Erzeugung bzw. Speicherung. Für energieintensive Industrieprozesse gewinnen zudem CO₂-Transport- und Speicherinfrastrukturen zunehmend an Bedeutung.

Dialogkonzepte unter Einbindung aller Betroffenen und Interessierten können dies erfolgreich umsetzen. Eine Unterstützung des Landes Baden-Württemberg ist über das Forum Energiedialog möglich.

Die Nutzung industrieller Abwärme sowie der bedarfsgerechte Ausbau effizienter Nah- und Fernwärmenetze bieten erhebliche Potenziale für eine wirtschaftliche Wärmewende in der Region. Erfolgreiche regionale Beispiele wie das der Stadtwerke Karlsruhe zeigen, dass technologieoffene und pragmatische Lösungen hohe Akzeptanz erreichen können.

Energieangebot ausweiten

Elektrifizierung, Digitalisierung und KI werden den Strombedarf der Industrie und weiterer Sektoren in den kommenden Jahren deutlich erhöhen. Dafür braucht es einen technologieoffenen Energiemix aus erneuerbaren Energien, Speichern, flexiblen Kraftwerkskapazitäten und gesicherter Leistung. Versorgungssicherheit und international wettbewerbsfähige Strompreise müssen dabei gleichrangige Ziele bleiben.

Zusätzliche Erzeugungskapazitäten im Süden Deutschlands stärken die Versorgungssicherheit, erhöhen die Netzstabilität und reduzieren die Systemkosten. Dafür sollte der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Region konsequent vorangetrieben und durch eine ausreichende Flächenausweisung unterstützt werden. Freiflächen-Photovoltaik, Agri-PV sowie Power-to-X-Anlagen sind dabei wichtige Bausteine. Auch Floating-PV sollte in Abstimmung mit anderen wirtschaftlichen Nutzungsformen von Gewässern über die bisherige 15 Prozent-Grenze hinaus ermöglicht werden. Darüber hinaus bietet die Tiefengeothermie am Oberrhein ein erhebliches strategisches Potenzial für eine grundlastfähige erneuerbare Energieversorgung sowie für eine klimaneutrale Wärmeversorgung von Wirtschaft und Kommunen.

Hürden für Power Purchase Agreements (PPA) und betriebliche Eigenerzeugung sollten weiter abgebaut werden, um den marktgerechten Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen. Zudem kann so der Importbedarf beim Strom reduziert und die Versorgungssicherheit erhöht werden.

Schutz vor Extremwetterereignissen und Klimaanpassungsmaßnahmen voranbringen

In Anbetracht der sich verschärfenden Herausforderungen durch den Klimawandel und die damit verbundenen Extremwetterereignisse sollen darauf bezogene Schutz- und Anpassungsmaßnahmen in der Region zur Sicherung der betroffenen Unternehmen weiter gestärkt werden.

So sollten im Zusammenhang des Hochwasserschutzes- im Rahmen des Integrierten Rheinprogrammes (IRP)- auch die IRP-Rückhalteräume Bellenkopf/Rappenwört und Elisabethenwört in naher Zukunft fertiggestellt und in Betrieb genommen werden können. Dies dient auch dem Hochwasserschutz der am Rhein angesiedelten Wirtschaft und ist für einen verbesserten Hochwasserschutz in der Region von großer Bedeutung. Die Unterstützung der Kommunen für diese Vorhaben ist dabei wichtig.

Daneben können auch Starkregenereignisse **wie 2025 in Bruchsal** große finanzielle, bauliche und weitere Schäden verursachen. Zum Schutz der Wirtschaft in der Region sollte der kommunale Starkregenschutz weiter ausgebaut werden, z.B. durch Implementierung und Ausbau eines kommunalen Starkregenrisikomanagementsystems oder Rückstausicherungen.

Auch die Resilienz der regional ansässigen Unternehmen bei Dürreperioden (z.B. Bau von Rückhaltebecken), Hitzewellen (z.B. durch Begrünung und Beschattung), Niedrigwasser und weiteren Extremwetterereignissen sollte durch innovative Klimaanpassungsmaßnahmen und die Unterstützung im Bereich des ressourceneffizienten Infrastrukturaufbaus gestärkt werden. All diese Maßnahmen sollten in enger Abstimmung zwischen den Kommunen und der regionalen Wirtschaft erfolgen.

Kommunale Klimaschutzkonzepte gemeinsam mit der Wirtschaft gestalten

Der Schutz des Klimas und die Anpassung an den Klimawandel **bleiben** zentrale Zukunftsaufgaben. Kommunale Klimaschutzkonzepte und -aktionspläne **stärken die Resilienz der Städte und Gemeinden**. Im Zentrum kommunaler Initiativen sollten Informations- und Erfahrungsaustausch, Vernetzung der Akteure sowie mit der **regionalen** Wirtschaft abgestimmte Maßnahmen stehen.

Nachhaltige Stadt- und Gemeindeentwicklung sollte immer auch die speziellen Bedarfe der regionalen Wirtschaft einbeziehen (Verkehrsnetz- sowie Energie-Infrastruktur, Hochwasser- und Starkregenschutz, Anpassung an den Klimawandel, Infrastruktur, etc.). **Lösungen** können Innovation (z.B. intelligente Verkehrssteuerung), Zugang zu CO₂-armen Energieformen etwa durch Ausbau der Netze, Wasserstoff und Erneuerbarer Erzeugung, integrierte Mobilitätsangebote, effiziente Flächennutzung sowie Biodiversitäts- und Grünflächenmaßnahmen sein. **Unversiegelte Flächen sind zentrale Elemente, die Temperaturen senken, die Artenvielfalt fördern und die Aufenthaltsqualität in Städten, Gemeinden sowie in Industrie- und Gewerbegebieten stärken.**

Fachkräftesicherung

Duale Ausbildung als Schlüssel zur Fachkräftesicherung stärken [NEU]

Die duale Ausbildung ist das Fundament der Fachkräftesicherung und ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft. Trotz ihrer hohen Bedeutung wird die berufliche Bildung gesellschaftlich häufig noch nicht als gleichwertige Alternative zu einem Studium wahrgenommen. Um dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen Attraktivität, Sichtbarkeit und Wertschätzung der beruflichen Bildung weiter gestärkt werden.

Die Berufsorientierung sollte deshalb an allen Schularten praxisnah, ergebnisoffen und unter frühzeitiger Einbindung der Wirtschaft erfolgen. Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern sollten die vielfältigen Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten der beruflichen Bildung besser kennenlernen.

Berufliche und akademische Bildungswege sollten in der Bildungs- und Förderpolitik gleichwertig berücksichtigt und die Höhere Berufsbildung weiter gestärkt werden. Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen sowie die Angebote der Höheren Berufsbildung sind weiter auszubauen, um jungen Menschen attraktive Karriereperspektiven zu eröffnen und den Wirtschaftsstandort langfristig zu sichern.

Ausbildungsqualität durch starke Lernorte sichern [NEU]

Die Qualität der dualen Ausbildung ist ein entscheidender Faktor für die Fachkräftesicherung und die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft. Lehrkräfte an Berufsschulen sowie Ausbilderinnen und Ausbilder in den Betrieben vermitteln nicht nur Fachwissen, sondern begleiten junge Menschen in ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung. Gleichzeitig steigen ihre Anforderungen durch technologische Veränderungen, neue Kompetenzanforderungen und zunehmender Heterogenität der Auszubildenden kontinuierlich.

Um die Ausbildungsqualität langfristig zu sichern, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, moderne Lernumgebungen und kontinuierliche Qualifizierungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und Ausbildungsverantwortliche. Ebenso entscheidend sind leistungsfähige Berufsschulen, eine enge Kooperation zwischen den Lernorten Schule und Betrieb sowie die nachhaltige Sicherung des Prüferehrenamts. Nur wenn alle Lernorte der dualen Ausbildung gestärkt werden, kann die Ausbildungsqualität langfristig gesichert und weiterentwickelt werden.

Berufliche Bildung zukunftsfähig und innovationsorientiert gestalten [NEU]

Themenfelder wie Künstliche Intelligenz und Nachhaltigkeit führen zu einem hohen Transformationsdruck und neuen Geschäftsmodellen. Damit verändert sich auch die Arbeitswelt grundlegend und mit hoher Dynamik. Die berufliche Bildung muss diese Entwicklungen frühzeitig aufgreifen und junge Menschen auf die Anforderungen einer zunehmend technologiegetriebenen Wirtschaft vorbereiten. Dafür müssen Ausbildungsinhalte, Prüfungen und Bildungsangebote kontinuierlich weiterentwickelt und schneller an neue Kompetenzanforderungen sowie die Bedarfe der Wirtschaft angepasst werden.

Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Zukunftskompetenzen sollten deshalb konsequent in Ausbildung und Unterricht verankert sowie moderne Lern- und Prüfungsformate ausgebaut werden. Gleichzeitig müssen Verfahren zur Modernisierung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen beschleunigt und neue Qualifizierungsformate praxisnah erprobt werden. Die regionale Wirtschaft braucht eine berufliche Bildung, die Innovationen nicht nur vermittelt, sondern selbst innovationsfähig ist und flexibel auf Veränderungen reagieren kann.

Übergänge von der Schule in die Ausbildung erfolgreich gestalten [NEU]

Der erfolgreiche Übergang von der Schule in die Ausbildung entscheidet maßgeblich über die Fachkräftesicherung in der Region. Gegenwärtig bleiben jedoch viele Ausbildungsplätze unbesetzt, während gleichzeitig nicht alle Jugendlichen unmittelbar den passenden Einstieg in eine berufliche Perspektive finden. Ziel sollte es sein, Ausbildungspotenziale frühzeitig zu erkennen, Übergänge besser zu begleiten und allen Ausbildungsinteressierten passende Chancen zu eröffnen.

Die Berufsorientierung an allen Schularten sollte deshalb verbindlicher, praxisnäher und stärker mit der Wirtschaft gestaltet werden. Zudem sollte die Ausbildungsreife junger Menschen gezielt gefördert und passgenaue Unterstützungsangebote für den Übergang in die berufliche Ausbildung ausgebaut werden. Eine enge Zusammenarbeit von Schulen, Unternehmen, Bildungsträgern und weiteren Akteuren ist dabei entscheidend.

Auch internationale Fachkräfte und Zugewanderte sollten durch schnellere Anerkennungsverfahren, gezielte Qualifizierungsangebote und unbürokratische Prozesse besser in Ausbildung und Beschäftigung integriert werden. So können vorhandene Potenziale besser genutzt und die Fachkräftebasis der regionalen Wirtschaft nachhaltig gestärkt werden.

Ausbildung in der Region ermöglichen [NEU]

Eine erfolgreiche berufliche Ausbildung darf nicht an fehlendem Wohnraum, langen Anfahrtswegen oder eingeschränkten Bildungsangeboten vor Ort scheitern. Leistungsfähige Berufsschulstandorte, eine gute Erreichbarkeit und bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende sind wichtige Standortfaktoren für Unternehmen und junge Menschen gleichermaßen.

Der Erhalt einer leistungsfähigen und flächendeckenden Berufsschullandschaft sollte sichergestellt und das Angebot an bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende ausgebaut werden. Dies gilt insbesondere für junge Menschen mit längeren Anfahrtswegen sowie für internationale Auszubildende.

Gleichzeitig sollte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich in Bezug auf die berufliche Aus- und Weiterbildung weiter intensiviert werden. Gemeinsame Projekte mit den elsässischen Partnern können dazu beitragen, die Chancen einer grenzüberschreitenden Ausbildung sichtbar zu machen und zusätzliche Fachkräftepotenziale am Oberrhein zu heben. Ziel sollte eine attraktive und zukunftsfähige Ausbildungslandschaft am Mittleren Oberrhein sein, die allen jungen Menschen unabhängig von ihrem Wohnort den Zugang zu einer hochwertigen dualen Ausbildung ermöglicht.

Ausbildungsakteure von Bürokratie entlasten [NEU]

Die berufliche Bildung lebt vom Engagement vieler Akteure – Ausbildungsbetriebe, Berufsschulen, Lehrkräfte, Ausbilderinnen und Ausbilder, Prüferinnen und Prüfer sowie der zuständigen Stellen. Zunehmende Bürokratie und komplexe Verwaltungsverfahren binden jedoch wertvolle Ressourcen, die für die Ausbildung junger Menschen benötigt werden.

In der beruflichen Bildung sollten deshalb bürokratische Hürden konsequent abgebaut und die Digitalisierung ausbildungsrelevanter Prozesse vorangetrieben werden. Ziel sollte es sein, alle Ausbildungsakteure zu entlasten und ihnen mehr Zeit für ihre eigentliche Aufgabe zu geben: eine hochwertige berufliche Bildung.

Fläche und Infrastruktur

Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sichern und Ansiedlungsgesuche in der Region halten

Die TechnologieRegion Karlsruhe ist ein Anziehungspunkt. Die Ansiedlung von Unternehmen bedeutet für den Standort meist eine Erhöhung des Wohlstands, sei es durch zusätzliche Steuereinnahmen, neue Arbeitsplätze oder eine erhöhte Nachfrage. Auch die Standortqualität kann profitieren.

Ansiedlungsgesuche sollten daher regional gedacht und ein Austausch zwischen den kommunalen Akteuren zu den jeweiligen Flächenpotenzialen erfolgen. Ziel ist es, für ansiedlungswillige Unternehmen einen Standort in der Region zu finden. Als IHK Karlsruhe machen wir gerne das Angebot, die Akteure in der Region zu vernetzen und zum Austausch beizutragen, um flexibel und koordiniert auf Anfragen reagieren zu können.

Zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts gilt es stets, die für die Standortentscheidung von Unternehmen relevanten Faktoren wirtschaftsorientiert auszurichten. Hierzu gehört unter anderem die Ausgestaltung kommunaler Steuersätze, die verkehrliche und technische Infrastruktur sowie eine effiziente und wirtschaftsfreundliche Verwaltung.

Industrie braucht Rohstoffe

Rohstoffe stehen am Anfang jeder Wertschöpfungskette und sind damit von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Mineralische Rohstoffe wie Sand, Kies, Naturstein und Zement sind aufgrund ihres hohen Transportaufwandes auf eine verbrauchsnahe heimische Gewinnung angewiesen. Der Abbau von Kies, Sand und Gesteinen stößt jedoch immer wieder auf Widerstände, wenn es um die Erweiterung von Abbaustätten oder gar um Neuaufschlüsse geht. Dabei bleiben diese Rohstoffe unverzichtbar, beispielsweise für den Wohnungsbau, die Verkehrsinfrastruktur oder industrielle Prozesse. Regionale Rohstoffgewinnung reduziert den Transportaufwand, stärkt die Versorgungssicherheit und erhöht die Resilienz regionaler Wertschöpfungsketten.

Die Akzeptanz der heimischen Rohstoffgewinnung sollte erhöht und ihre Bedeutung in behördlichen Abwägungs- und Genehmigungsverfahren stärker berücksichtigt werden. Ebenso sollten Innovationen zum verstärkten Recycling mineralischer Rohstoffe sowie die Entwicklung und Anwendung nachhaltiger Alternativrohstoffe unterstützt und gestärkt werden.

Daneben sollten auch weitere hier vorkommende Rohstoffe in den Blick genommen werden. Die Lithiumgewinnung am Oberrhein ist eine enorme Chance, einen strategisch wichtigen Rohstoff für Batterien, Elektromobilität und Energiespeicher regional und nachhaltig zu gewinnen und zugleich internationale Abhängigkeiten zu verringern. Forschung, Erkundung und industrielle Skalierung sollten technologieoffen unterstützt und planungsrechtlich ermöglicht werden.

Flächenverfügbarkeit sicherstellen und bedarfsorientiert weiterentwickeln

[Anm. Zusammenlegen der RePos „Instrument der Interkommunalen Gewerbegebiete nutzen“ und „Wohn- und Gewerbeflächen bedarfsorientiert entwickeln und Nachverdichtungspotenziale heben“]

Eine leistungs- und zukunftsfähige Region benötigt ausreichend verfügbare Flächen für Gewerbe, Industrie, Infrastruktur und Wohnen. Nur wenn diese Nutzungen bedarfsorientiert entwickelt werden können, bleiben Wirtschaftskraft, Wettbewerbsfähigkeit und letztlich Wohlstand langfristig gesichert. Neben Neuansiedlungen benötigen insbesondere bestehende Betriebe Entwicklungs- und Erweiterungsmöglichkeiten. Ziel sollte eine vorausschauende Flächenpolitik sein, die den Bedarf von Unternehmen ebenso berücksichtigt wie den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Gleichzeitig muss die erforderliche Infrastruktur (z.B. Verkehrs-, Energie- und Digitalinfrastruktur) bereitgestellt, erhalten und ausgebaut werden. Flächenknappheit darf nicht zu einem Hemmnis für Investitionen, Beschäftigung und regionale Entwicklung werden.

Neben der Ausweisung neuer Flächen sollten vorhandene Flächen bestmöglich ausgenutzt werden – beispielsweise durch Höhenentwicklung und Inwertsetzung untergenutzter Flächen. Eine unbürokratische und lösungsorientierte Bearbeitung von Projektanfragen durch die Verwaltung ist dabei essenziell.

Um sämtliche Potenziale zu heben kommt auch der interkommunalen Zusammenarbeit eine wachsende Bedeutung zu.

Verfügbarkeit von Industrieflächen sicherstellen

Industrieflächen sind ein zentraler Standortfaktor für Transformation, Innovation, Wertschöpfung und industrielle Wettbewerbsfähigkeit. Neben Neuansiedlungen benötigen insbesondere bestehende Industriestandorte Entwicklungs- und Erweiterungsmöglichkeiten für Dekarbonisierung, Digitalisierung und neue Produktionsprozesse.

Kommunen und Region sollten frühzeitig ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen sichern, interkommunal entwickeln und dabei zukunftsorientierte Mobilitäts-, Energie- und Logistikkonzepte berücksichtigen. Vorrangig sollten bestehende Industrie- und Konversionsflächen aktiviert sowie Flächen effizienter genutzt werden. Ziel muss ein ausreichendes Angebot schnell verfügbarer, gut erschlossener und transformierbarer Industrieflächen in der TechnologieRegion Karlsruhe sein.

Möglichkeiten der Beschleunigung von Planverfahren nutzen

Unternehmen benötigen Planungssicherheit und müssen schnell auf sich verändernde Rahmenbedingungen reagieren können. Planungs- und Genehmigungsverfahren zur Ansiedlung und Erweiterung sind für die Wirtschaft jedoch mit großen Unsicherheiten und enormem zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden. Der Gesetzgeber hat **unter anderem** mit den Beschleunigungsgesetzen **oder der Reform der Landesbauordnung** bereits einige Änderungen auf den Weg gebracht. Gerade auf kommunaler und regionaler Ebene gibt es darüber hinaus einige Hebel, die die Verfahrensdauer verkürzen können. So sollten die Prüfdichte und der Umfang von Unterlagen reduziert werden. In Abstimmung mit den Vorhabenträgern sollten Behörden optional auf die Kapazitäten privater Planungsbüros zurückgreifen können. Die ganzheitliche Umsetzung des Virtuellen Bauamtes muss so schnell wie möglich weiter vorangetrieben werden.

Die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen allein ist jedoch nicht ausreichend. **Vielmehr sollten auf Verwaltungsseite Ermessensspielräume genutzt werden. Daneben nennen** die Unternehmen zudem die fehlende personelle und technische Ausstattung in den Planungs- und Genehmigungsbehörden als großes Hemmnis. Deshalb sollten Personalschlüssel, IT-Infrastruktur sowie Prozesse der Verwaltungen so ausgestaltet werden, dass die Bearbeitung in den vorgesehenen Fristen möglich ist.

Breitband- und Mobilfunknetze ausbauen

Schnelle Kommunikationsnetze sind von zentraler Bedeutung für die **weitere** Digitalisierung der Wirtschaft, denn **Künstliche Intelligenz**, datengetriebene Geschäftsmodelle, Cloud-Computing, Industrie 4.0 oder mobiles Arbeiten sind ohne eine stabile und schnelle Internetverbindung nicht sinnvoll umsetzbar.

Der Ausbau der Breitband- und Mobilfunknetze sollte fortgesetzt werden, denn die Bedarfe der Wirtschaft werden weiter steigen. In der Region sind Landkreise, Kommunen und private Anbieter bereits seit vielen Jahren aktiv. Lobenswert ist, dass dabei zumeist auf die Glasfasertechnologie gesetzt wurde. Sie bietet eine zukunftssichere Versorgung mit schnellem Internet, welche sich durch hohe Download- und Upload-Geschwindigkeiten, niedrige Latenzzeiten und Stabilität auszeichnet. Künftig sollten die **verbleibenden weißen und grauen Flecken** sowie bisher nicht angeschlossene Gewerbegebiete und Schulen priorisiert werden. Auch die 5G-Versorgung sollte flächendeckend sichergestellt sein.

Mobilität und Verkehr

Baden-Airpark stärken

Der Baden-Airpark ist zu einem wichtigen und unverzichtbaren Standortfaktor für unsere Region geworden - nicht nur durch seine Anbindung an das internationale Flugverkehrsnetz, sondern auch den Gewerbepark und seine in ihm angesiedelten Unternehmen. Diese schaffen Arbeitsplätze und Wohlstand im Süden der Region. Diesen Knotenpunkt gilt es weiter zu stärken.

Die aktuelle Anbindung, mit der Durchfahrt des Ortes Hügelsheim, hemmt jedoch die Weiterentwicklung des Standortes. Der Runde Tisch hat hierfür erste Lösungsvorschläge erarbeitet. Ziel sollte die Einigung auf ein Konzept und die Schaffung der planungsrechtlichen Weichenstellung sein, um die notwendige Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz (Straße, Schiene) in die Umsetzung zu bringen und die positive Entwicklung des Baden-Airparks zu unterstützen.

Betriebliches Mobilitätsmanagement fördern und Angebot weiter ausbauen

Eine gute Erreichbarkeit der Arbeitsplätze und eine leistungsfähige Mobilitätsinfrastruktur sind wichtige Standortfaktoren für Unternehmen und Beschäftigte. Betriebliches Mobilitätsmanagement bietet Unternehmen die Möglichkeit, Arbeits- und Geschäftsverkehre effizienter zu gestalten, Kosten zu reduzieren und gleichzeitig ökologische Ziele zu unterstützen.

Um die Potenziale des betrieblichen Mobilitätsmanagements stärker zu nutzen, sollten Unternehmen durch Beratung und Information unterstützt werden. Darüber hinaus sollte die notwendige Verkehrsinfrastruktur bzw. das Mobilitätsangebot weiter ausgebaut werden. Hierzu zählt unter anderem die weitere Optimierung des ÖPNV-Angebots in Umfang und Qualität, die Schaffung eines attraktiven Radschnellwegenetzes und intelligenter Verkehrsmanagement-Systeme.

Die Weiterentwicklung der regionalen Mobilitätsangebote erfordert eine enge Zusammenarbeit von Kommunen, Verkehrsträgern, Unternehmen und weiteren regionalen Akteuren. Ziel sollte eine verlässliche, flexible und zukunftsfähige Mobilitätsstruktur sein, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärkt und die Erreichbarkeit der Region langfristig sichert.

Grenzüberschreitende Mobilität am Oberrhein stärken

Die TechnologieRegion Karlsruhe ist Teil eines stark verflochtenen grenzüberschreitenden Wirtschaftsraums am Oberrhein. Die Zusammenarbeit mit den französischen Nachbarregionen bietet erhebliche Potenziale für Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Bildung, Kultur und Tourismus. Voraussetzung hierfür sind leistungsfähige und verlässliche Verkehrsverbindungen, die den Austausch über die Grenze hinweg erleichtern.

Das grenzüberschreitende Mobilitätsangebot sollte deshalb kontinuierlich weiterentwickelt werden. Erforderlich ist ein leistungsfähiger Verkehrsmix aus Schiene, Straße, ÖPNV und Radverkehr, der die unterschiedlichen Mobilitätsbedarfe von Beschäftigten, Unternehmen und Touristen berücksichtigt. Dazu gehört auch die Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte. Ein Baustein kann hierbei z.B. die Reaktivierung der Eisenbahnstrecke Saarbrücken-Haguenau-Rastatt-Karlsruhe, mit der Wiederinbetriebnahme der Wintersdorfer Brücke, sein.

Die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Mobilität erfordert eine enge Zusammenarbeit der regionalen Akteure auf deutscher und französischer Seite. Ziel muss es sein, die Erreichbarkeit der Wirtschaftsregion am Oberrhein zu verbessern, Fachkräftepotenziale besser zu nutzen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nachhaltig zu stärken.

Schiene weiter stärken

Durch die TechnologieRegion Karlsruhe verläuft mit dem Rhein-Alpen-Korridor zwischen Genua und Rotterdam einer der bedeutendsten europäischen Verkehrskorridore. Dieser gilt auch als wichtigster europäischer Güterkorridor. Eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur ist nicht zuletzt deshalb ein zentraler Standortfaktor für Industrie und Logistik. Gleichzeitig ist sie Voraussetzung für einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehr und die weitere Verlagerung von Verkehren auf die Schiene.

Um die Leistungsfähigkeit des Korridors sicherzustellen, sollte der notwendige Ausbau des Schienennetzes daher zügig, transparent und unter enger Einbindung der regionalen Akteure vorangetrieben werden. Dazu zählen insbesondere die Neu- und Ausbaumaßnahmen im Korridor Mannheim – Karlsruhe sowie Karlsruhe – Basel. Um zusätzliche Kapazitäten für den Schienenpersonennahverkehr zu schaffen, sollte auch der vierspurige Ausbau des Abschnitts Karlsruhe–Durlach umgesetzt werden - nicht zuletzt, da hiervon auch das Angebot im regionalen ÖPNV abhängig ist.

Für eine stärkere Nutzung der Schiene im Güterverkehr sind zudem leistungsfähige Zugangsmöglichkeiten für Unternehmen erforderlich. Der Erhalt und Ausbau von Terminalstandorten des kombinierten Verkehrs sowie eine gute Anbindung der Wirtschaftsstandorte an das Schienennetz sind deshalb wichtige Voraussetzungen für einen zukunftsfähigen Logistikstandort.

Ziel muss es sein, die Schiene als leistungsfähigen Bestandteil eines integrierten Verkehrssystems weiterzuentwickeln und damit die Erreichbarkeit, Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung der TechnologieRegion Karlsruhe langfristig zu sichern.

Zweite Rheinbrücke als wichtige Verbindung für den Wirtschaftsstandort umsetzen

Die Rheinquerung zwischen Karlsruhe und Wörth ist eine zentrale Verkehrsverbindung für die TechnologieRegion Karlsruhe. Sie trägt maßgeblich zur Erreichbarkeit, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der Region bei und verknüpft die Region sowohl mit der angrenzenden Pfalz als auch mit dem Nachbarland Frankreich.

Derzeit stellt die Brücke die einzige Straßenverbindung zwischen der ca. 27 km südlich liegenden B500 bei Iffezheim und der ca. 22 km nördlich liegenden B35 bei Germersheim dar. Ein Ausfall hätte erhebliche Auswirkungen auf Wirtschaftsverkehre und Pendlerströme.

Zur Stärkung der Resilienz und Leistungsfähigkeit des Verkehrsnetzes sollte der Bau einer zweiten Rheinbrücke mit einer leistungsfähigen Anbindung an die B36 zügig umgesetzt werden. Dabei sollten die Belange aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt und eine durchgängige Verbindung für den motorisierten Verkehr sowie für Rad- und Fußverkehr geschaffen werden.

Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur im Raum Rastatt sichern

Die A5 ist eine zentrale Verkehrsachse und ein wichtiger Bestandteil der regionalen Verkehrsinfrastruktur. Sie trägt maßgeblich zur Erreichbarkeit von Unternehmen, der Sicherung von Lieferketten und der Wettbewerbsfähigkeit der Region bei. Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung im Raum Rastatt, insbesondere die jüngere Ansiedlung von verkehrsaffinen Unternehmen, stellt die vorhandene Verkehrsinfrastruktur allerdings vor große Herausforderungen.

Mit der bisherigen Ausgestaltung der Anschlussstelle Rastatt Nord kann ein zügiger Verkehrsfluss nicht mehr bewältigt werden. Neben der Verknüpfung von Autobahn und der Bundesstraße B462 tragen zwei weitere Verkehrsknotenpunkte mit Ampeln zu einer starken Beeinträchtigung des Verkehrsflusses bei. Bis zum Jahr 2040 wird mit einer weiteren Steigerung des Verkehrs um 15 Prozent gerechnet. Die Planungen zum Aus- und Umbau der B 462 bzw. der Anschlussstelle A5 / B462 sind daher so zügig wie möglich weiter voranzutreiben und umzusetzen.

Als weiterer Baustein zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens in diesem Bereich ist der Bau der Autobahn-Anschlussstelle Malsch / Muggensturm zu nennen. Dieser wird vom Bund aufgrund untergeordneter Fernverkehrsrelevanz und der Nähe zu bereits vorhandenen Anschlussstellen aktuell abgelehnt. Aus Sicht der regionalen Wirtschaft kann diese Anschlussstelle unter Berücksichtigung einer Verbindung der beiden Gewerbegebiete Malsch und Muggensturm zur Entschärfung der Verkehrssituation beitragen. Entsprechende Überlegungen sollten in der weiteren Abwägung Berücksichtigung finden.

Ziel muss eine leistungsfähige und resiliente Verkehrsinfrastruktur sein, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Region Schritt hält und den Wirtschaftsverkehr zuverlässig ermöglicht.

Deutschland & Frankreich

Zusammenarbeit am Oberrhein stärken

Der strukturierte Dialog zwischen Wirtschaft und Politik sollte weiter ausgebaut werden, damit grenzüberschreitende Herausforderungen frühzeitig erkannt und gemeinsame

Die TechnologieRegion Karlsruhe ist Teil der trinationalen Metropolregion Oberrhein und eng mit den französischen und schweizerischen Nachbarregionen verflochten. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bietet erhebliche Potenziale für Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Innovation und Fachkräftesicherung. Der Rhein ist, mit seinen insgesamt 1.200 Kilometern Länge, zu einem Symbol gelungener europäischer Zusammenarbeit geworden. Gleichzeitig stellen unterschiedliche Rechts-, Verwaltungs- und Wirtschaftssysteme insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen weiterhin vor erhebliche bürokratische Herausforderungen.

Grenzüberschreitende Hemmnisse sollten deshalb konsequent abgebaut und die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Kooperation weiter verbessert werden. Ziel muss ein möglichst einfacher Zugang zum europäischen Binnenmarkt sein. Dazu gehören insbesondere schlanke Verwaltungsverfahren, eine bessere Abstimmung rechtlicher Rahmenbedingungen sowie praxisnahe Unterstützungsangebote für Unternehmen.

Lösungen entwickelt werden können. Die enge Zusammenarbeit der Wirtschaftsakteure am Oberrhein stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Region und trägt dazu bei, die Potenziale des gemeinsamen Wirtschaftsraums besser zu nutzen.

Gestrichen

Moderne Ausstattung der beruflichen Schulen sicherstellen

Die Unternehmen in Baden-Württemberg brauchen eine starke berufliche Bildung, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft mit bestens qualifizierten Fachkräften sichern zu können. Vor allem Fachkräfte mit gewerblich/technischer Aus- und Weiterbildung sind aktuell und künftig stark nachgefragt. Daher ist es notwendig, dass die Berufsschulen personell sowie sachlich so ausgestattet sind, dass sie die duale Ausbildung in den Betrieben jederzeit professionell unterstützen und bedarfsgerecht ergänzen können.

Alle Schulen der TechnologieRegion sollten ihrem Bedarf entsprechend auf technisch aktuellem Stand sein und eine administrativ-technische Betreuung an der Schule bereitgestellt werden. Neben der modernen und digitalen Ausstattung der beruflichen Schulen sind auch fortlaufende Investitionen in die bestehende Infrastruktur der Schulgebäude wichtig.

Attraktive, arbeitsmarktrelevante Studiengänge mit hohem Praxisanteil bieten

Den 325 Ausbildungsberufen der dualen beruflichen Ausbildung stehen bundesweit mehr als 19.000 Studiengänge gegenüber. Die Hochschulen sind gesetzlich aufgefordert, ihre Studierenden auf berufliche Tätigkeiten vorzubereiten. Die Bedarfe der Wirtschaft und des regionalen Arbeitsmarkts müssen bei der Evaluierung von bestehenden und der Konzeptionierung von neuen Studienangeboten noch stärker berücksichtigt werden.

Politik und Hochschulen müssen daher in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft für Studierende aller Fachrichtungen frühzeitig im Studienverlauf verpflichtende, arbeitsmarktrelevante Praxiserfahrungen vorsehen.

"Meisterbonus" auch für die IHK-Weiterbildungsabschlüsse

Praxisnahe und qualitativ hochwertige Weiterbildung ist aus Sicht der Unternehmen ein wichtiges Instrument, um auf aktuelle Fachkräfteengpässe zu reagieren und die Deckung des künftigen Fachkräftebedarfs proaktiv vorzubereiten. Insbesondere bei beruflich weitergebildeten Fachkräften mit IHK-Abschlüssen der DQR-Stufe 6 und 7 besteht künftig ein größerer Mangel.

Daher sollten, wie in unseren Nachbarbundesländern bereits üblich, alle Absolventinnen und Absolventen der Höheren Berufsbildung nach erfolgreichem Abschluss eine finanzielle Anerkennung in Höhe von 1.500 Euro erhalten.

Unternehmen bei der Akquise ausländischer Fachkräfte unterstützen und Berufsankennung voranbringen

Unternehmen sind angesichts des Arbeitskräftemangels auf den Zuzug ausländischer Fach- und Arbeitskräfte sowie auf die bessere und vor allem koordinierte Qualifizierung geflüchteter Menschen für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt angewiesen. Um die Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern, benötigen Unternehmen, ausländische Fachkräfte sowie Geflüchtete ein überschaubares, verständliches Regelwerk.

Entscheidend ist eine unbürokratische, transparente und digitale Umsetzung durch gut ausgestattete Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Engpässe beispielsweise bei der Visavergabe durch die Auslandsvertretungen oder bei den Ausländerbehörden sollten beseitigt werden.

Um zu kommen und zu bleiben, benötigen ausländische Fachkräfte zudem attraktive Rahmenbedingungen vor Ort wie bezahlbare Wohnmöglichkeiten, digitale Infrastruktur, ÖPNV-Angebote, Kinderbetreuung oder Schulen und vor allem eine serviceorientierte und kundenfreundliche Verwaltung.

Start-Ups und Spinoffs an Hochschulen und Forschungseinrichtungen fördern

Neugründungen und Spinoffs sind ein wichtiger Motor unternehmerischer Innovationen und in der Region Karlsruhe seit vielen Jahren etabliert. Dennoch sehen wir im Bereich von Ausgründungen aus den Hochschulen noch Ausbaupotentiale. Wissenschaftspolitik und Hochschulen müssen Rahmenbedingungen und finanzielle Anreize schaffen, um Gründungsinteressenten zu motivieren und die Existenzgründung nachhaltig als Alternative zur abhängigen Beschäftigung zu verankern. Daher sollte das Thema „Entrepreneurship“ systematisch und fachübergreifend in Studium und Lehre eingeführt werden.

Duale Berufsausbildung flächendeckend in der Region stärken

Die duale Ausbildung ist ein zentrales Element der Fachkräftesicherung in der Region. Daher ist es wichtig, eine nutzenbringende Berufsorientierung in allen allgemeinbildenden Schulen (auch in Gymnasien) anzubieten. Praktika sind dabei ein wesentlicher Bestandteil bei der Wahl des Ausbildungsberufs. Die Praktikumswochen BW sollten daher verstetigt werden.

Um ausbildungswillige Jugendliche und Ausbildungsbetriebe zu vernetzen, sollten alle Arbeitsmarktakeure geeignete und zukunftsgerichtete Formate anbieten, um den Zugang zu Ausbildungsplätzen möglichst niederschwellig zu gestalten. Dabei sind auch berufs- und zielgruppenspezifische Angebote notwendig.

Während der Ausbildung sollten leistungsstarke Jugendliche gefördert werden. Gleichzeitig müssen lernschwächere Auszubildende individuell unterstützt werden.

Im ländlichen Raum hängt die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe oft von der Erreichbarkeit der Berufsschulen ab. Weit entfernte Landes- oder gar Bundesfachklassen sind Ausbildungshemmnisse und verstärken so den Fachkräftemangel im ländlichen Raum. Durch eine optimierte regionale Schulpolitik sollte eine duale Berufsausbildung auch für kleinere Berufsgruppen weiterhin flächendeckend möglich sein. Viele Auszubildende sind unter 18 Jahren und daher nicht gleichermaßen mobil wie Erwachsene, so dass eine wohnortnahe Beschulung wichtig ist. Die regionale Schulentwicklung im ländlichen Raum sollte deshalb erhalten beziehungsweise ausgebaut werden.

Die regionale Schulentwicklung sollte daher weiterhin auf Basis der gesetzlichen Regeln und in enger Abstimmung mit der IHK und ihren Mitgliedsunternehmen erfolgen.

Stärkung der grenzüberschreitenden Bildungskooperation

Die Unternehmen in der TechnologieRegion Karlsruhe suchen händeringend nach neuen Auszubildenden und Fachkräften. Die Zusammenarbeit mit Frankreich in Bezug auf die berufliche Aus- und Weiterbildung muss weiterhin intensiviert und verbessert werden.

Am 21. Juli 2023 wurde ein neues Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die grenzüberschreitende Berufsausbildung unterzeichnet. Dieses Abkommen bietet einen neuen rechtlichen Rahmen zur Förderung der grenzüberschreitenden Berufsausbildung, insbesondere in unserer Grenzregion. Nach der Ratifizierung dieses Abkommens in beiden Ländern wird eine tragfähige Grundlage geschaffen, um auch weiterhin eine grenzüberschreitende Berufsausbildung zu ermöglichen. In Projekten mit den elsässischen Partnern gilt es, gemeinsam für die Chancen einer grenzüberschreitenden Ausbildung zu werben und durch Betriebsbesichtigungen und Betriebspraktika für den Arbeitsmarkt am Oberrhein zu sensibilisieren. Die IHK legt Wert darauf, dass sich die Regelungen ebenso auf das duale Studium und lebenslanges Lernen beziehen.